

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Alter Fischereihafen Cuxhaven

Postanschrift: Präsident-Herwig-Straße 27

Ort: Cuxhaven

NUTS-Code: DE932 Cuxhaven

Postleitzahl: 27472

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): AFH Cuxhaven

E-Mail: staiger@plambeck.de

Telefon: +49 4721-6677-260

Fax: +49 4721-6677-150

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.afh-cuxhaven.de>

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VR4YZ/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Kleine + Assoziierte Architekten und Stadtplaner BDA

Postanschrift: Reinholdstr. 17

Ort: Hannover

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Postleitzahl: 30167

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Scheer

E-Mail: scheer@kleine-architekten.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kleine-architekten.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VR4YZ>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Projektentwickler

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Projektentwicklung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Sanierung Netzhalle Cuxhaven - TGA

Referenznummer der Bekanntmachung: 2113

- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Umbau und Sanierung der denkmalgeschützten Netzhalle und des angrenzenden Verwaltungsgebäudes im Alten Fischereihafen Cuxhaven.
HOAI § 55 Leistungsphasen 1-9, Anlagengruppen 1-5, 7-8 und Besondere Leistungen gem. Anlage 15 HOAI 2021 - 15.1/LP 9 1. Spiegelstrich, BGF 3.600 m²
Der Ablauf des Verfahrens erfolgt gem. § 17 VgV.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 500 000.00 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE932 Cuxhaven
Hauptort der Ausführung:
Planungsphase: AFH Cuxhaven GmbH, Präsident-Herwig-Straße 27 27472 Cuxhaven Ausführungsphase:
AFH GmbH
Kapitän-Alexander-Straße 34-40
27472 Cuxhaven
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Im Dezember 2016 wurde der Alte Fischereihafen (nachfolgend AFH genannt) in Cuxhaven durch den Auftraggeber erworben.
Der Alte Fischereihafen liegt mitten in der Cuxhavener City und gleichzeitig in direkter Nähe zur Elbe und der Nordsee. Das eindrucksvolle 7 Hektar große Areal des Alten Fischereihafens war seit seinem knapp 100-jährigen Bestehen vor allem Mittelpunkt der Cuxhavener Fischerei-Geschichte. Noch heute geht von ihm als besonderem Zeitzeugen eine nostalgische Faszination aus. Mit der geplanten Quartiersentwicklung soll aus diesem geschichtsträchtigen Ort das neue touristische, maritime Zentrum werden mit einem Angebotsmix aus Hotels und modernen Beherbergungskonzepten, Restaurants, Einzelhandels- und Erlebnisangeboten. Das Quartier wird einen Mix aus insgesamt 16 Gebäuden und einer Nutzfläche von ca. 60.000 m² haben. Rund um den Hafen entsteht somit ein umfangreiches Programm an Indoor-Angeboten und Veranstaltungsformaten. Gäste werden durch kulturelle und kulinarische Events in der Zwischen- und Nebensaison nach Cuxhaven gelockt.
Wesentlich für die Durchführung dieser Events ist der Umbau der denkmalgeschützten Netzhalle, einschließlich des angrenzenden Verwaltungsgebäudes zu einer Veranstaltungshalle mit einer Gästekapazität von ca. 580 Sitz- oder bis zu 1.600 Stehplätzen gemäß der als Anlage beigefügten Präsentation. Bei dem Gebäudeensemble handelt es sich um ein kulturhistorisches Gebäude von überregionaler Bedeutung. Zur langfristigen Erhaltung dieses Denkmals sind für die Sanierung und den Umbau Fördermittel vom Staatsministerium für Kultur und Medien der Bundesregierung in Aussicht gestellt. Infolge dieser avisierten Fördermittel sind bei der Vergabe der anstehenden Planungsleistungen die entsprechenden Vergaberichtlinien des Bundes zu berücksichtigen.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Projektanalyse / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Angaben zur Qualitätssicherung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Gesamtbild Präsentation / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Vergütung/Honorar / Gewichtung: 25

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 500 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 90

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 8

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach den in den Vergabeunterlagen (vgl. III.1.) aufgeführten Eignungskriterien und der Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen. Anhand der geforderten Referenzen und deren Wertung (Auswahlkriterien) wird eine Rangfolge festgelegt. Ist die Bewerberzahl nach dieser objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, wird unter den verbleibenden gleichermaßen geeigneten Bewerbern notariell oder durch Rechtsamt gelöst.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung erfolgt in 4 Stufen:

Stufe 1: LPH 1-4

Stufe 2: LPH 5

Stufe 3: LPH 6

Stufe 4: LPH 7-9

Die Weiterbeauftragung steht unter Vorbehalt der Einhaltung des vertraglich vereinbarten Kostenrahmens und/ oder eines positiven Förderbescheides (Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel).

Der vertraglich zu vereinbarende Kostenrahmen kann dem den Unterlagen beigefügten Vertragsvorschlag entnommen werden.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Es ist von jedem Bewerber bzw. von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft der Teilnahmeantrag vollständig auszufüllen und gem. den gestellten Anforderungen einzureichen. Es sind zwingend die Teilnahmeantragsformblätter zu verwenden, welche auf der Plattform zum Downloadbereit stehen. Die Angebotssprache ist ausschließlich Deutsch. Entsprechend sind alle Nachweise und Erklärungen in deutscher

Sprache abzufassen. Anderssprachigen Dokumenten muss eine Übersetzung /Eigenübersetzung beigelegt werden.

Für den fristgerechten Eingang der Teilnahmeanträge ist der Bewerber verantwortlich. Die Einreichung muss elektronisch in Textform erfolgen. Ein Vertragsentwurf für das genannte Vorhaben liegt den Bekanntmachungsunterlagen bei. Der Vertragsentwurf kann in der Angebotsphase verhandelt werden. Weitere Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche ebenfalls über die Plattform zum Herunterladen bereitstehen.

(Das Dokument "Honorar_VGV_Honorarmatrix_CUX_TGA.xlsx" dient in der Bewerbungsphase ausschließlich der Information. Erst zur Vergabebehandlung (Stufe II des Verfahrens) ist diese Anlage als Teil des Angebots mit einzureichen.)

Bei einer Bewerbung als Bietergemeinschaft sind die Anlagen 1. +2 zum Teilnahmeantrag, (Anlage 1 - Bewerber- / Bietergemeinschaft, Anlage 2 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), für jedes Mitglied auszufüllen und beizulegen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind/werden Bewerber, die als Einzelner und/oder Mitglied einer Bietergemeinschaft mehrere Bewerbungen einreichen oder am Tag der Bekanntmachung angestellte(r) oder freie(r) Mitarbeiter(in) eines Bieters/eines Mitglieds einer Bietergemeinschaft sind.

Bewerber- und später Bieterfragen sind unter Bezugnahme auf das VgV-Verfahren (Bezeichnung s. unter II.1.1) umgehend, jedoch bis 7 Kalendertage vor Schlusstermin (s. unter IV.2.2) in der Vergabepattform über die Plattform an die Adresse unter I.3) zu stellen. Die Beantwortung von Fragen, die später als 7 Kalendertage vor Schlusstermin eingehen, kann nicht garantiert werden. Die Beantwortung erfolgt (mit dazugehörigen Fragen) über die oben genannte Plattform an alle registrierten Bewerber.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB.
- Eigenerklärung, dass weder der Bewerber/das Mitglied der Bietergemeinschaft noch sein Mehrheitsanteilseigner oder Gesellschafter, noch eine Mutter- oder Tochtergesellschaft des Unternehmens auf einer der in den Anlagen zu den Verordnungen (EG) 881/2002, 2580/2001, 753/2011 sowie 2016/1686 (jeweils in der von dem Rat aktualisierten und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung) befindlichen Terrorlisten erscheint und dem Bewerber/dem Mitglied der Bietergemeinschaft das sich aus den vorgenannten Verordnungen ergebende Verbot der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln an der Terrorbereitschaft verdächtige Personen oder Organisationen (Bereitstellungsverbot) bekannt ist.
- Eigenerklärung, dass der Bewerber/das Mitglied der Bietergemeinschaft seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit er der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Als Berufsqualifikation wird gemäß § 75 VgV der Beruf des Ingenieurs Fachrichtung Versorgungstechnik (nach jeweils geltendem Landesrecht) gefordert.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Eigenerklärung vorzulegen:

-Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.

- Angaben zu einer Berufshaftpflichtversicherung

- Eigenerklärung, dass Angaben zu einem Insolvenzverfahren weder beantragt, noch eröffnet wurde und sich der Bewerber/ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft nicht in und Liquidation befindet.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindeststandards:

-Für den Umsatz des Unternehmens/der Unternehmen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Objektplanung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI) unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, ist ein Mindestjahresumsatz von 500.000 EUR im Durchschnitt notwendig.

-Die Deckungssumme der Berufshaftpflichtversicherung muss min. 3 Mio. EUR für Personenschäden und min. 3 Mio. EUR für sonstige Schäden betragen. Beides bei 2-facher Maximierung. Als Nachweis gilt auch die schriftliche Zusage der Versicherung zur Erhöhung der Deckungssumme im Auftragsfall.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Eigenerklärung vorzulegen:

- Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Summe aus Büroinhaber(n) und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen (Dipl.-Ing./ Bachelor/ Master) im Leistungsbild Objektplanung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2021 des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft.

-Angaben über Projektleiter/in Technische Ausrüstung

-Angaben über Bauleiter/in Technische Ausrüstung

- Angaben über notwendige Büroausstattung und Schulung der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen

- Angaben zu CAD- und AVA-Software

- 2 Nachweise über Referenzen

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindeststandards

- Hinsichtlich der durchschnittlichen Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Summe aus Büroinhaber(n) und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen (Dipl.-Ing./ Bachelor/ Master) im Leistungsbild Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2021 des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft ist eine geforderte durchschnittliche Mindestsumme von 5 Mitarbeiter(innen) (Dipl.-Ing./ Bachelor/ Master) -zur Gewährleistung einer gesicherten Abwicklung des Projektes aufgrund von Krankheit/ Urlaub etc.- gefordert.

-Der Projektleiter/die Projektleiterin hat mindestens

ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Versorgungstechnik und mind. 5 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter/in im Bereich Objektplanung Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI) und Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten im Bereich Technische Ausrüstung oder kein abgeschlossenes Studium, aber mindestens 10 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter/in im Bereich Objektplanung Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI).

-Der Bauleiter/die Bauleiterin hat mindestens

ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Versorgungstechnik und/oder Bauingenieurwesen und mind. 5 Jahre Berufserfahrung als Bauleiter/in im Bereich LPH 8 Objektplanung Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI),

oder kein abgeschlossenes Studium, aber mindestens 8 Jahre Berufserfahrung als Bauleiter/in im Bereich Objektplanung Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI).

-Die Angaben über notwendige Büroausstattung und Schulung der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen sind als Eigenerklärung vorzulegen und unterliegen keinem geforderten Mindeststandard.

-Die Angaben zu CAD- und AVA-Software sind als Eigenerklärung vorzulegen und unterliegen keinem geforderten Mindeststandard

-Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft hat insgesamt 2 wesentliche Referenzprojekte vorzustellen. Zu jedem Projekt ist max. 1 DIN A4 Projektblatt beizufügen. Bei der Auswahl des Referenzprojektes ist zu beachten:

-->Mindestens 1 abgeschlossenes Referenzprojekt "Veranstaltungsbau" (mind. Leistungsphasen 3-8 gem. § 55 HOAI 2021), Zielgröße 2,4 Mio. EUR brutto KG 400, BGF 3.600 m²

--> Mindestens 1 weiteres Projekt "Öffentlicher Auftraggeber - Land (mind. Leistungsphasen 3-8 gem. § 55 HOAI 2021)

Die Mindestnachweise können auch an einem Projekt nachgewiesen werden.

Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2008 bis zum Datum der Bekanntmachung liegen, die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Als Berufsqualifikation wird gemäß § 75 VgV der Beruf des Ingenieurs Fachrichtung Versorgungstechnik (nach jeweils geltendem Landesrecht) gefordert.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. §73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 25/11/2021

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 14/10/2021

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 4 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4VR4YZ

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

Telefon: +49 4131-1334

Fax: +49 4131-152943

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Entsprechend der Regelungen in § 160 GWB.

R E C H T S M I T T E L B E L E H R U N G bei EU-weiter Vergabe:

a)

Ein Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht, kann ein Nachprüfungsverfahren gemäß der §§ 160 ff. GWB bei der unter VI.4.1 genannten Stelle einleiten.

b)

Der Antrag ist unzulässig, soweit

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichendes Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Vergabebekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

c)

Die Ausführungen zur Unzulässigkeit (vorstehend unter lit. b) gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Satz 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

25/10/2021